

XANTEN RHEINBERG  
ALPEN SONSBECK

# BOTE FÜR STADT UND LAND


**XANTEN**  
Deshalb bekommt die B57 neue  
Laternen Seite D3

RHEINISCHE POST

## Mehr Bürger sollen für Deiche zahlen

Der Hochwasserschutz soll auf mehr Schultern verteilt werden. Deshalb möchte der Deichverband Duisburg-Xanten mehrere Tausend Grundstückseigentümer in Rheinberg-Mitte, Annaberg, Millingen, Alpsray und Kamp-Lintfort zur Kasse bitten.



Im nächsten Jahr saniert der Deichverband Duisburg-Xanten den Deich bei Wallach. Dort haben schon Rodungsarbeiten stattgefunden.

RP-FOTO: ARMIN FISCHER

VON UWE PLIEN

**RHEINBERG** Der Deichverband Duisburg-Xanten arbeitet mit Nachdruck daran, sein Verbandsgebiet erheblich zu vergrößern. Angepasst werden soll es auf das von der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule Aachen in einem Gutachten berechnete Überschwemmungsgebiet, „das von unseren Deichen im Wesentlichen geschützt wird“, wie es der Deichverband in seinem aktuellen Deichbrief an die Mitglieder formuliert hat. Ein entsprechender Antrag liegt bei der Bezirksregierung Düsseldorf vor. „Wir hoffen, dass die Zuweisung dieses Gebietes noch in diesem Jahr erfolgt“, so Deichgräf Viktor Paeßens aus Budberg im RP-Gespräch.

Der Deichverband Duisburg-Xanten, zuständig für den Abschnitt zwischen Baerl-Binsheim auf Duisburger Stadtgebiet bis Xanten-Birten, hat derzeit rund 12.700 zah-

lungspflichtige Mitglieder. Paeßens: „Wir schützen aber erheblich mehr Menschen. Wenn auch sie veranlagt werden, wird die Beitragslast gerechter verteilt.“

**„Wenn alle veranlagt werden, die wir schützen, wird die Beitragslast gerechter verteilt“**

Viktor Paeßens  
Deichgräf

Das vor rund drei Jahren vorgelegte Gutachten der RWTH Aachen sei im Auftrag des Deichverbands noch einmal nachbearbeitet worden. Die Grenzen seien jetzt parzellenscharf eingezeichnet, so dass einzelne Grundstücke nicht zerschnitten werden und beispielsweise ein Wohnhaus innerhalb, die dazugehörige Garage aber außerhalb des Gebietes liege. Der Deichgräf: „Wir haben alle erforderlichen Un-

terlagen an die Bezirksregierung geschickt, die den Vorgang bearbeitet.“

Wie viele neue Mitglieder der Deichverband hinzubekommen wird, sei schwer zu berechnen, sagt Paeßens. Bei der ersten Vorstellung des Gutachtens vor drei Jahren war von rund 6000 die Rede, Paeßens spricht von mindestens 30 Prozent. Es sei davon auszugehen, dass die komplette Rheinberger Innenstadt mit Annaberg, Millingen und Alpsray hinzukämen, zudem große Teile des Kamp-Lintforter Stadtgebietes.

Wer bereits jetzt Mitglied ist, muss eine Beitragsanpassung hinnehmen. Hohe Kosten für verschiedene Projekte wie die Sanierung eines Deichabschnittes in Binsheim (Altes Backhaus), die Sanierung der Göt-Schleuse in Xanten sowie hohe Planungskosten für die anstehenden Deicharbeiten in den Lagen Wallach und Baerl-Binsheim-Orsoy führen dazu, dass der Grundbeitrag von 1,80 Euro auf 1,90 Euro

je 1000 Euro Einheitswert steigt. Zur Einordnung: Freistehende Einfamilienhäuser haben Einheitswerte von rund 50.000 Euro, so dass ihre Eigentümer unter 100 Euro pro Jahr an den Deichverband überweisen

### INFO

#### Mitglied klagt gegen den Deichverband

**Klage** Ein Mitglied des Deichverbands Duisburg-Xanten klagt gegen den Verband und verweigert die Beitragszahlung. Der Kläger bezieht sich auf die Beitragsgerechtigkeit. Das bedeutet: Das Mitglied will nicht hinnehmen, dass nicht jeder, der vom Hochwasserschutz profitiert, auch dafür bezahlt. Eine Klage gegen den Deichverband zwar, aber eine, die ganz im Sinne der Hochwasserschutz ist.

müssen. Die nächste Maßnahme des Deichverbands ist die Sanierung des Deichs bei Wallach mit Gesamtkosten von 24 Millionen Euro (Land NRW ca. 15,8 Millionen, Deichverband 4,0 Millionen, Cavity ca. 4,2 Millionen Euro). Damit kann voraussichtlich erst Mitte 2021 begonnen werden. Die Planung liegt in den Händen des Ingenieurbüros Spiekermann aus Düsseldorf. Der nächste wichtige Schritt im Verfahren ist die Untersuchung des Baufeldes auf Kampmittel. Dazu ist bereits vor dem Stichtag 28. Februar gerodet worden. Die Flurbereinigungsbehörde ist derzeit im Gespräch mit den betroffenen Anliegern. Es geht darum, wie Flächenverluste und andere entstandene Nachteile entschädigt werden.

Die Deichsanierung kostet viel Geld. Deichgräf Paeßens sagte, pro Kilometer müsse man mit einem Investitionsvolumen von rund 4,5 Millionen Euro rechnen.

## Sorge um Termin für die Kommunalwahl wächst

**RHEINBERG/XANTEN** (bp/up/wer) Am 13. September soll in NRW die Macht in den Rathäusern neu verteilt werden. Das ist zwar noch eine ganze Weile hin. Aber es braucht Vorlauf. Und da bringt die Corona-Krise den Zeitplan durcheinander. Inzwischen werden auch in Xanten, Rheinberg und Alpen Stimmen lauter, die den Termin für die Kommunalwahl in Gefahr sehen.

Peter Tullius, SPD-Chef in Rheinberg, hält es für immer unwahrscheinlicher, dass das Land den Termin halten kann. „Die Aufstellungsversammlungen für die Reservelisten, die Direktkandidaten und die Bürgermeisterkandidaten müssen ja erst noch stattfinden. Kein Mensch weiß momentan, wann das möglich sein wird.“ Bleibe es beim 13. September, müssten die Unterlagen bis zum 16. Juli beim Wahlleiter vorliegen. „Selbst wenn die Parteien das auf den letzten Drücker noch schaffen sollten, reicht der kleinste Formfehler, dass ein Wahlbezirk nicht besetzt ist. Wir haben nicht die Zeit, um uns in geordneten Bahnen auf die Wahl vorzubereiten.“

Auch im Alpener Rat, der trotz Corona-Beschränkung den Haus-

halt durchwinkte, war Unbehagen vernehmbar. Hier haben die SPD und Liberale – die FDP muss aufgrund des zwischenzeitlich geänderten Zuschnitts der Wahlbezirke noch nachbessern – ihre Wahlkreise besetzt. Die CDU hat zwar mit Thomas Ahls ihren Bürgermeisterkandidaten benannt. Aber die Besetzung der 16 Wahlkreise und die Aufstellung der Reserveliste steht aus. Auch die Grünen sind formal noch nicht aufgestellt. Andere Parteien sind nicht in Sicht. Im Rat herrschte Einigkeit, bis nach Ostern abzuwarten, wenn klar werde, wie es in der Krise weitergehe. Vielleicht seien zur Einhaltung der Frist bis Juli wieder Versammlungen in ausreichend großen Räumen erlaubt.

Die Bürger-Basis-Xanten (BBX) hat sich gar an Innenminister Herbert Reul und Ministerpräsident Armin Laschet gewandt. In einem Schreiben bat sie darum, den Termin zu verschieben. Durch die Corona-Pandemie sei es vorerst nicht möglich, Versammlungen abzuhalten. Das mache es schwierig, die Auflagen für eine Teilnahme an der Wahl fristgerecht zu erfüllen. Eine Antwort ist bisher nicht bekannt.

## Camper sollen nach Hause gehen

Wegen der Corona-Pandemie verschärft die Stadt Xanten die Regeln für Campingplätze.

**XANTEN** (wer) Zahlreiche Camper müssen bis Donnerstagabend die Campingplätze in Xanten verlassen. Es dürfen nur noch diejenigen bleiben, die dort mit ihrem ersten Wohnsitz gemeldet sind, wie das Ordnungsamt der Stadt unter Berufung auf die Corona-Schutzverordnung des Landes NRW erklärt. Für alle anderen ist es dann untersagt, das Gelände zu betreten oder dort

zu übernachten. Xantener Campingplatzbetreiber erklärten, dass bei ihnen einige Dutzend oder sogar weit mehr als 100 Camper mit ihrem Zweitwohnsitz gemeldet seien, also davon betroffen seien. Unklar ist aber, wie viele sich gerade auf den Campingplätzen aufhalten. Das Ordnungsamt kündigte an, dass es die Einhaltung der Regelung kontrollieren wird.



Waldcamping Speetenkath ist einer von mehreren Campingplätzen in Xanten, die von der Corona-Schutzverordnung betroffen sind.

RP-FOTO: ARFI

Die neue Regelung stößt offenbar teilweise auf Unverständnis. Grundsätzlich würden alle Maßnahmen unterstützt, um die Ausbreitung des Coronavirus zu verlangsamen, hieß es. „Wir haben die Verordnung nicht gemacht, aber wir werden sie natürlich umsetzen“, sagte zum Beispiel Wilhelm Bremer vom gleichnamigen Campingplatz. Sie seien sich der Situation bewusst und achteten darauf, das Ansteckungsrisiko zu minimieren, erklärte auch Jan Bauer, Mitglied der Geschäftsführung vom Waldcamping Speetenkath. „Die Camper sind sehr einsichtig.“

Aber viele hätten ihren ersten Wohnsitz im Ruhrgebiet, in Essen, Duisburg oder Dortmund oder einer anderen Stadt, lebten also in einem Ballungsgebiet und könnten nicht verstehen, warum sie jetzt in ihre Wohnungen in Mehrfamilienhäusern zurückkehren sollten, obwohl sie auf dem Campingplatz viel eher die Möglichkeit hätten, die Abstandsregeln einzuhalten, erklärte

Bauer. „Hier können sich die Menschen aus dem Weg gehen“, sagte auch Bremer. Außerdem fühlten sich einige Camper ungerecht behandelt, ergänzte Bauer. Sie zahlten die Zweitwohnsitzsteuer und würden jetzt trotzdem wie Touristen behandelt, während Menschen, die in Xanten eine Wohnung als Zweitwohnsitz hätten, bleiben dürften.

Eine junge Mutter berichtete zum Beispiel, dass sie mit ihrem Mann und dem Kind nun den Campingplatz verlassen soll. Zwar habe ihr Freund eine Wohnung und sie selbst auch, aber es seien jeweils Ein-Zimmer-Wohnungen. Auf dem Campingplatz hätten sie deshalb mehr Platz. Sie hätten ein Haus in Aussicht, aber erst für die zweite Jahreshälfte. Sie verstehe die neue Regelung nicht. Sie zahlten Zweitwohnungssteuer, achteten auf den Abstand und hätten zu den Nachbarn auf dem Campingplatz keinen Kontakt. Sie hofften, dass sie bleiben dürften, sonst müssten sie bis zum Donnerstagabend weg sein.

### „Hier können sich die Menschen aus dem Weg gehen“

Wilhelm Bremer  
Campingplatz-Betreiber

„Ich bedaure die Absage der Veranstaltung, auf die sich viele Bürgerinnen und Bürger – mich eingeschlossen – schon lange gefreut haben, sehr“, sagte Schmidt. Trotz alledem fordert er dazu auf, mit Zuversicht nach vorn zu schauen und „die gegenwärtigen besonderen Umstände zu nutzen, um neue Energie zu schöpfen“. Er wünscht den Sonsbeckern: „Kommen Sie wohlbehalten durch diese schwierige Zeit!“

## Sonsbeck sagt die Straßenparty zum Jubiläum ab

**SONSBECK** (bp) Die Corona-Pandemie überschattet die Feierlichkeiten aus Anlass des 700-jährigen Bestehens der Gemeinde Sonsbeck. Bürgermeister Heiko Schmidt hat am Mittwoch nach Absprache mit dem Heimat- und Verkehrsverein (HVV), den Gastronomen und der Werbebegegnungsgemeinschaft die für den 20. Juni geplante Straßenparty abgesagt. Das ist bitter.

Die Vorbereitungen fürs Jubiläumswochenende liefen auf Hochtouren, so der Bürgermeister. Vieles sei „in trockenen Tüchern“, es blieben „nur noch Feinabsprachen“, bis die Corona-Krise alles zum Stehen brachte. Die werde wahrscheinlich noch länger andauern. Es sei nicht absehbar, wann wieder größere öffentliche Veranstaltungen zulässig seien, so die Einschätzung des Bürgermeisters. Nun aber stehe die „detaillierte und kostenpflichtige Planungsphase“ an. Daher habe man sich jetzt „schweren Herzens entschieden“, die Straßenparty Ende Juni nicht zu feiern. „Das gesundheitliche und wirtschaftliche Risiko ist derzeit leider zu groß“, begründet Schmidt die Absage.

Am Jugendaktionstag am Freitag, 19. Juni, sowie am Brunnenmarkt mit Vereinsmeile am Sonntag, 21. Juni, will die Gemeinde aber festhalten. Das Jubiläumskomitee werde Ende April prüfen, welche Spielräume es für beide Veranstaltungen gebe und unter welchen Hygiene- und Sicherheitsvorschriften sie durchgeführt werden können. Anschließend würden die teilnehmenden Vereine und Institutionen informiert. Unterdessen seien auch erste Überlegungen angestellt worden, einen Ersatz für das große Gemeindefest auf die Beine zu stellen, so der Bürgermeister.

„Ich bedaure die Absage der Veranstaltung, auf die sich viele Bürgerinnen und Bürger – mich eingeschlossen – schon lange gefreut haben, sehr“, sagte Schmidt. Trotz alledem fordert er dazu auf, mit Zuversicht nach vorn zu schauen und „die gegenwärtigen besonderen Umstände zu nutzen, um neue Energie zu schöpfen“. Er wünscht den Sonsbeckern: „Kommen Sie wohlbehalten durch diese schwierige Zeit!“